

INTERN

Das Jahr 2011 soll im Zeichen der Bildung stehen, hat die SPÖ-geführte Bundesregierung zu Jahresbeginn betont. Vorausgegangen war dem einhelligen Koalitions-Bekanntnis eine PISA-Studie mit bekanntermaßen unrühmlichen Ergebnissen für Österreichs Schulsystem. Ein Schwerpunkt der Reformen, die für eine gute Zukunft unseres Landes umgesetzt werden sollen, betrifft den Ausbau der Neuen Mittelschule. Bis 2016 sollen stufenweise alle Hauptschulen zu Neuen Mittelschulen werden. Was aber bringt das den jeweiligen Schülern? „SPÖ Aktuell“ erläutert die Vorteile des Schultyps, den künftig der Großteil der Schülerinnen und Schüler besuchen wird.

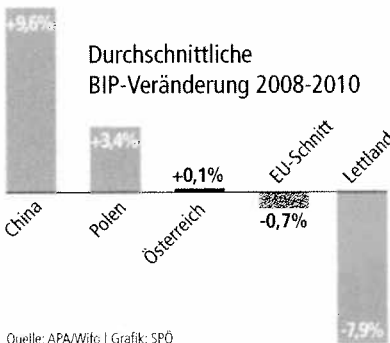
Die Reform des Bundesheeres bleibt ein Dauerbrenner. Immer mehr Experten sprechen sich für eine Umstellung auf ein Freiwilligenheer aus. Trotzdem zögert der Koalitionspartner noch, mit der SPÖ in einen konstruktiven Dialog über die zukünftige Organisation des Bundesheeres zu treten.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

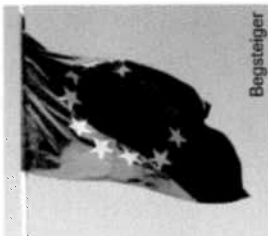
Neue Mittelschule	4
Bundesheer.....	6
EU-Gipfel	8
Kreisky-Serie:	
Der Nahost-Konflikt	10
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Jana Herwig zu Social Networks	14

Krisenbewältigung im Vergleich



Österreich hat Krise bestens bewältigt

Österreich zählt laut Krisenbilanz des Wirtschaftsforschungsinstituts zu den Top 5-EU-Ländern, die die Wirtschaftskrise am besten bewältigt haben. In der Krisenperiode 2008 bis 2010 ist die Wirtschaft im Schnitt um 0,1 Prozent pro Jahr gewachsen. ♦



Begeisterter
Einige EU-Länder könnten beispielgebend eine FTS einführen.

Finanztransaktionssteuer: Koalition der Willigen formiert sich

Der Idee des deutschen Finanzministers, eine Finanztransaktionssteuer (FTS) vor einer gesamteuropäischen Lösung in einigen Ländern einzuführen, kann Finanzstaatssekretär Andreas Schieder einiges abgewinnen. „Das kann ein erster Schritt zur Realisierung einer Finanztransaktionssteuer sein“, so Schieder über eine mögliche „Koalition der Willigen“. ♦



NR-Abgeordnete Petra Bayr, im Bild mit Minister Stöger, kämpft seit zehn Jahren gegen FGM in Österreich.

Mit Information und Aufklärung gegen FGM

Anlässlich des Tages der „Nulltoleranz gegen weibliche Genitalverstümmelung“ kündigt die SPÖ-Sprecherin für Globale Entwicklung, Petra Bayr, für 2011 weitere Aktivitäten der Plattform www.stopfgm.net an: noch mehr Informationsvermittlung und bessere Projektarbeit vor Ort. Am wichtigsten im Kampf gegen FGM (female genital mutilation) sei Information und Aufklärung. Gesundheitsminister Alois Stöger: „Dafür brauchen wir besonders Berufsgruppen wie Ärzte und Hebammen, die Informationen weitergeben.“ Weltweit gibt es rund 155 Millionen Frauen mit Genitalverstümmelung. ♦

Zitat der Woche

„Für einen SPÖ-Regierungschef kann ich das auf den Punkt bringen, länger arbeiten und Löhne runter, das geht nicht.“

Bundeskanzler Werner Faymann beim EU-Gipfel

Kinderschutz: Behörden sollen per Gesetz besser kooperieren

Eine Datenbank und eine gesetzliche Verpflichtung zur Zusammenarbeit sollen künftig ein adäquates Reagieren des Jugendamtes sicherstellen.

Den tragischen Fall des dreijährigen Buben, der mutmaßlich vom Lebensgefährten seiner Mutter erschlagen wurde, nimmt sich die SPÖ zum Anlass, um gesetzliche Rahmenbedingungen anzuregen, die ein Nicht-Eingreifen der Behörden verhindern. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim fordert ein Behördenkooperationsgesetz sowie eine Jugendwohlfahrtsdatenbank. Alle involvierten Stellen wie Polizei, Staatsanwaltschaft, Spitäler und Jugend-

wohlfahrt sollen sich vernetzen und Informationen austauschen. „Es kann nicht sein, dass man am Ende des Tages erfährt, dass es viele einzelne Feststellungen durch unterschiedliche Behörden gab, aber die Behörden haben nicht zueinander gefunden“, so Jarolim. ♦

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim will, dass Polizei, Staatsanwaltschaft, Spitäler und Jugendwohlfahrt sich vernetzen.

